

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

17.5.1922 (No. 114)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. A. M. e. n. b.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.70 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontroververfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Das Buch des Kronprinzen.

(Schluß.)

Während der Kronprinz gar nicht Worte genug finden kann, um die vortrefflichen Eigenschaften seiner Mutter und das herzliche Verhältnis zwischen ihr und ihren Kindern zu rühmen, ist seine Stellung dem kaiserlichen Vater gegenüber eine überwiegend kritische. Abgesehen von zwei Stellen des Buches, an denen er Wilhelm II. verteidigt, sind eigentlich alle Bemerkungen, die sich auf den Kaiser selbst und sein Verhältnis zum ältesten Sohne beziehen, kritischer Art. Es stehen sich hier zwei Naturen gegenüber, die in ihrer ganzen Weltanschauung, in ihrem ganzen Fühlen Idealen nachjagen, die schlecht hin miteinander unvereinbar sind. Es unterliegt für uns allerdings keinem Zweifel, daß dabei die größere Sympathie auf Seiten des Kronprinzen sein wird.

Die völlig falsche Methode der Erziehung der Prinzen, die dazu führte, daß der Kaiser auf die Prinzen einschüchternd wirkte und ihnen die Unbefangtheit raubte, wird vom Kronprinzen mit erfreulicher Deutlichkeit gekennzeichnet. Ein wirklich inniges und herzliches Verhältnis zwischen dem Vater und seinen Söhnen hat nach den Ausführungen des Kronprinzen nicht bestanden. Die sonstigen Fehler aber, mit denen Wilhelm II. nun einmal behaftet war, werden vom Kronprinzen, wie wir schon vorgestern an dieser Stelle betonten, mit einer Offenherzigkeit angegeben, die auch dann verblüffen muß, wenn man sieht, wie der Kronprinz immer wieder bestrebt ist, in den Grenzen kindlicher Pietät zu bleiben. Daß der Kronprinz die doch letzten Endes auf die Wünsche und Absichten des Kaisers zurückgehende auswärtige Politik ziemlich reiflos mißbilligte, haben wir ja schon gestern mitgeteilt.

In der Schilderung des Kronprinzen erscheint Wilhelm II. vor allem als das Opfer seiner höfischen Umgebung. Und diese Umgebung wird denn auch vom Kronprinzen mit Recht so charakterisiert, wie sie es verdiente. Nur scheint der Kronprinz — vielleicht absichtlich — vergessen zu haben, daß auch der alte Kaiser, Wilhelm I., eine solche Umgebung besaß, daß diese Umgebung aber durchaus nicht imstande gewesen ist, jenen unheilvollen Einfluß auszuüben, wie unter der Regierung seines Enkels. Die Erklärung muß also wohl tiefer liegen.

Sie zu finden, ist nicht schwer. Immer war es das Schicksal schwacher und gar zu selbstbewusster Herrscher, daß sie sich Berater wählten, die wohl geschmeidig genug waren, sich auf die Launen des Monarchen einzustellen, die aber gleichzeitig den dadurch gewonnenen Einfluß lediglich als ein Werkzeug ihrer eigenen Intelligenz und ihrer eigenen Charaktereigenschaften verwendeten, d. h. also nach Maßgabe einer Begabung, die in ihren Auswirkungen für die Politik des Hofes und des Volkes und des Reiches ruinös sein mußte. Man kann, wenn man will, darin eine Art Entschuldigung für den Herrscher selbst erblicken. Aber man darf nie außer Acht lassen, daß er es ja ist, der sich diese Umgebung wählt, und daß er es ja ist, der zu jeder Stunde diese Umgebung wieder nach Hause schicken kann. Gute Herrscher, wie z. B. Wilhelm I., haben sich — von Ausnahmen abgesehen — bedeutende und großveranlagte Männer zu Beratern gewählt, weniger gute Herrscher sind dagegen immer dem Einfluß von Hofschränen,ünstlingen und Ehrgeizigen Machern erlegen, oder sie haben, wenn ihre Herrscherlaune hoch aufwallte, eigenmächtig zu Personen gegriffen, die für das ihnen übertragene Amt ungeeignet waren.

Besonders interessant in dem Buche des Kronprinzen sind die Parteien, die sich auf die innere Politik beziehen (Seite 102 ff.). Auch hier wird der grundlegende Fehler in dieser Politik, der darin bestand, daß man erst alle Reformen ablehnte, sie dann aber gezwungen teilweise bewilligte, ganz richtig gekennzeichnet. Verurteilt wird die Politik der Regierung in der polnischen und in der elsass-lothringischen Frage. Ferner macht der Kronprinz nochmals mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß die „Regierung an einer wirtschaftlichen Mobilmachung für den Fall eines Krieges überhaupt nicht gearbeitet hat.“ „Unklar, wechselnd

und nahezu immer an der unrichtigen Stelle hart oder nachgiebig“: so lautet nach den Worten des Kronprinzen das Motto, das man über unsere innere Politik der Vorkriegszeit setzen kann.

Beinahe graufam mutet die Kritik an, die der Kronprinz an der Person und der Politik Bethmann-Hollwegs übt. So scharf ist das unheilvolle Wirken dieses Mannes noch in keinem der bisher erschienenen Erinnerungsbücher geäußert worden. Leider muß man zugeben, daß dieses Urteil im wesentlichen richtig ist. Nicht viel besser schneidet der Staatssekretär von Ribbentrop ab. Daß der Staatssekretär von Jagow eine politische Null gewesen ist, ist so bekannt, daß auch der Kronprinz ihn nur im Vorübergehen erwähnt.

Die Politik und die Persönlichkeit Bethmann-Hollwegs wird auf den Seiten 104 ff. und 136 ff. geschildert. Wenn man diese Seiten liest, fragt man sich auch heute noch an den Kopf und fragt sich: Wie ist so viel Torheit und Verblendung nur möglich gewesen? Der Kronprinz steht übrigens unverrückbar auf dem Standpunkt, daß die verhängnisvolle Wiener Diplomatie der unrigen bei weitem überlegen gewesen ist, und daß wir im Fahrwasser dieser Politik in den Krieg hineingefahren sind!

Was der Kronprinz positiv über seine eigene politische Meinung zu sagen hat, zeigt uns, daß er eine Entwicklung der deutschen Reichsverfassung im Sinne der englischen im Auge gehabt hat. Ob er es damit ernst meinte, oder ob diese Ideen nur dem üblichen Gegensatz entsprangen, den bisher wohl noch alle Kronprinzen vor ihrem Regierungsantritt betont haben, ist definitiv nicht zu entscheiden. Da der Kronprinz aber, und zwar gerade nach der Lesart dieses Buches, als eine ehrliche Natur angesprochen werden muß, wollen wir ihm gerne glauben, daß er auch als Kaiser eine Reform unserer Verfassung im liberalen und demokratischen Sinne wenigstens angestrebt hätte.

Das Erinnerungsbuch des Kronprinzen macht, im ganzen betrachtet, einen erfreulichen Eindruck. Es ist geeignet, dem Kronprinzen manche Sympathien zu erwerben. Immer wieder bekundet sich der Kronprinz als begeisterten Soldaten. Die Art und Weise, in der er das tut, stellt ihm das Zeugnis aus, daß er ganz offenbar nicht nur ein guter, sondern auch ein menschlich fühlender Soldat gewesen ist. Aber das rein Soldatische war doch stark genug, ihm den Blick in manchen Fragen zu umnebeln; und so gibt es denn auch Stellen in seinem Erinnerungsbuch, wo wir nicht seiner Auffassung zustimmen möchten.

Die „Frankfurter Zeitung“, die vom Kronprinzen überhaupt nichts wissen will und jedem seiner Schritte mißtraut, wird sicherlich auch sein Erinnerungsbuch ablehnen als ein Verwünschungsschreiben um den Posten des Kaisers, gerichtet an die deutsche Nation. Es mag sein, daß der Kronprinz bei der Abfassung seiner Erinnerungen daran gedacht hat, mit diesem Buch eine empfehlende Botschaft beim deutschen Volk abzugeben. Wie weit dabei seine Ambitionen gehen, wird niemand sagen können. Zudem hat das auch nur geringe aktuelle Bedeutung. Die Mehrheit unseres Volkes wünscht keine Wiederkehr der Monarchie, und in der Minderheit, die übrig bleibt, ist man sich über die Frage, wie denn nun eigentlich die Monarchie resituiert werden soll, völlig unklar. Und schließlich darf bezweifelt werden, ob das Erinnerungsbuch des Kronprinzen ihn gerade bei den monarchistischen und reaktionär gesinnten Schichten unseres Volkes empfehlen wird.

Aber wenn wir gegenüber dieser Ausschließung nach dem englischen Sprichwort das Beste daraus machen wollen, so können wir uns immerhin sagen, daß die Abwesenheit von diesen Verhandlungen und die Verlegenheit erspart, in Streitfragen Partei ergreifen zu müssen, in denen die Gegenstände sehr groß und die Anlässe, sich mit der einen oder anderen Partei in ein unfreundliches Verhältnis zu bringen, sehr zahlreich sind. In dem letzten Stadium der Verhandlungen mit den Russen, ist Deutschland, wie bekannt, nichts weniger als ausgeschlossen gewesen. Sein guter Rat und seine Vermittlung sind sehr gern erbeten worden und die Franzosen haben öffentlich ausgesprochen, daß faktisch (natürlich nur durch ihre eigene Haltung) sie selbst die Ausgeschlossenen waren und Deutschland ein wichtiger Teilnehmer gewesen ist. Es steht jetzt bei den anderen, zu überlegen, ob sie mit der Nichtteilnahme der Deutschen praktisch handeln.

Daß die heutigen Beschlüsse den Russen nicht, wie gestern von französischer Seite verbreitet wurde, in einer ultimativen Form übergeben werden, wurde bereits bekannt. Tatsächlich hat man jetzt, am Ende der Konferenz, zum ersten Mal den einzig vernünftigen Weg gewählt, der allein der Konferenz angemessen ist und der, wenn man ihn bei anderen Gelegenheiten beschritten hätte, die Konferenz sicher in vielen zu besseren Resultaten hätten führen können. Man will vernünftig mit den Russen reden; man verzichtet auf die gestern noch in Aussicht genommene polemische Auseinandersetzung mit dem polemisch-politischen Teil der russischen Antwort. Die These für die im Haag zu bildende Kommission aber soll morgen vormittag vor die wirkliche Subkommission kommen, die jetzt, nachdem sie bisher dauernd ohne die Russen getagt hat, nun endlich einmal mit den Russen tagen wird. Dort soll mit den Russen diskutiert und ein Beschluß gefaßt werden, der nachher der großen politischen Kommission vorzulegen ist. Die Franzosen werden an dieser Sitzung der Subkommission nicht teilnehmen, was sie wieder damit begründen, daß sie nicht über die Antwort der Russen diskutieren könnten, nachdem sie das Memorandum, auf das diese Antwort sich bezieht, nicht mit unterschrieben hätten. Sie erklären lediglich, daß sie, wenn die Russen den heutigen Beschlüssen zustimmen, ebenso wie die Belgier ihrer Regierung die Zustimmung empfehlen würden.

Ohne Kampf innerhalb der Subkommission wird diese Zustimmung der Russen allerdings nicht zu haben sein; das hat schon der gestrige Brief Schiffscherrins gezeigt. Abgesehen davon, daß sie statt im Haag, lieber in Stockholm oder einem sonstigen ihnen näher liegenden Orte tagen möchten, opponieren sie vor allem dem Verbot der Sonderverträge und der gewählten Form der zwei Kommissionen. Zu dem ersteren Punkt ist Lloyd George eifrig bemüht, ihnen klar zu machen, daß ihre Souveränität dadurch in keiner Weise angetastet werde, weil es sich ja nur um eine Abmachung von dreien Staaten untereinander handle. Abgesehen davon, daß die vier Staaten mit Rußland sind, nämlich Italien, Schweden, die Tschechoslowakei und Japan an dem Abschluß dieser Verhandlungen nicht verhindert sein. Schwerer wird es Lloyd George fallen, die Russen auch von der Zweckmäßigkeit in dem zweiten Punkte zu überzeugen. Immer wieder betont er, daß die Russen im Haag auf dem Fuße völliger Gleichheit erscheinen würden und daß Sonderverhandlungen auch in einer wirklich gemischten Kommission möglich seien, wenn ein Teil sich allein zusammensetzen wolle. Das haben die Erfahrungen in Genua zur Genüge erwiesen; es kommt eben alles auf die tatsächliche Handhabung an. Trotzdem kann Lloyd George nicht bestreiten, daß er mit der Zustimmung zu der Einberufung einer nichtrussischen und einer russischen Kommission den Franzosen eine sehr ernste Konzession gemacht hat. Und die Russen haben Recht, wenn sie auf die Gefahr hinweisen, daß sich im Haag durch diese Konzession das Spiel von Genua unfruchtbar wiederholen könnte. Es zeigt sich eben hier das alte einer Passadenpolitik, die zum Zwecke der innerpolitischen Agitation auf Erfolge in der Form bedacht ist und diesem Bedürfnis das Sachliche unterordnet. Wenn man hört, daß in der gestrigen Sitzung der einladenden Mächte eine Stunde lang heftig darüber gestritten worden ist, wieviele Tage vor der Ankunft der Russen die Vertreter der nichtrussischen Staaten im Haag zusammenkommen sollen, so erhöht das nicht gerade den Respekt vor diesen Mächtigen Europas.

Auch der Pakt zur Bekriedigung des europäischen Ostens, wie er jetzt vorgeschlagen wird, ist natürlich ein ganz unzulänglicher Ersatz für das ursprünglich Geplante. Indem er auf eine kurze Zeit beschränkt ist, gibt er nicht einmal den Oststaaten die Möglichkeit zur Verminderung ihrer erdrückenden Deerekräften, die sowohl die Randstaaten wie Rußland hierher erreichen wollen; man erinnert sich noch aus der ersten Plenarsitzung der Konferenz, wie Frankreich schon der ersten vorsichtigen Andeutung dieser Wünsche durch Herrn Schiffscherrin mit großer Schärfe entgegentrat und die Erörterung dieses wichtigsten Problems Europas dadurch ebenso verhinderte, wie jede Diskussion der deutschen Frage. Von dem wenigstens vorläufigen allgemeinen europäischen Friedenspakt aber, auch in der gegen Ende der vorigen Woche diskutierten abgeschwächten Form, hört man kaum mehr. Vielmehr ist hier allgemein davon die Rede, daß nach endgültiger Regelung der russischen Frage eine Plenarsitzung kommen soll, die mit ein paar großen Schlusssätzen die Konferenz beenden würde. Überraschungen freilich bleiben immer noch möglich.

#### Amerika und die neue Konferenz im Haag.

Aus Genua meldet ein Bericht des gleichen Korrespondenten: Nach der gestern Abend dem Minister Schanzer mündlich abgegebenen offiziellen Zusage der Vereinigten Staaten betreffend Teilnahme an der Sachverständigenkonferenz im Haag hat der

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Konferenz von Genua.

##### Das Entente-Kompromiß in der russischen Frage.

Über das Kompromiß der Entente in der russischen Frage und die dadurch geschaffene Lage bringt ein vom 15. datierter Bericht des Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ aus Genua die folgenden bemerkenswerten Mitteilungen:

Die Deutschen werden also in der Kommission im Haag, die die weiteren Verhandlungen mit den Russen führen soll, nicht offiziell vertreten sein, weil, wie erklärt wird, die Deutschen in dem Rapallo-Vertrag bereits alle in Betracht kommenden Fragen mit den Russen geregelt hätten. Das ist zwar nicht richtig, denn der Rapallo-Vertrag ist für diese Fragen nur ein Rahmungsvertrag, der lediglich festsetzt, daß Deutschland auf dem Fuße der Weisbegünstigung die gleichen Rechte wie andere mit Rußland Verträge schließende Staaten haben soll.

Mit einer Beilage: 48. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.



amerikanische Botschafter Child heute morgen sich eingehend mit Lloyd George, Facta und Schanzer über die Beschlüsse vom Sonntag besprochen und ausführliche Aufklärungen für die amerikanische Regierung gewünscht, bevor diese eine endgültige Entscheidung zur Beschickung der Haager Konferenz treffe. Zu diesem Zwecke hat der Botschafter dem Präsidenten der Konferenz von Genua auf seine Einladung hin eine Note des Staatssekretärs Hughes überreicht, die folgenden Wortlaut hat:

Die amerikanische Regierung hat die auf Grund der Beschlüsse der einladenden Mächte vom Sonntag erfolgte Einladung des Präsidenten der Konferenz nach dem Haag aufmerksam erwogen. Die Washingtoner Regierung wünscht lebhaft, in jeder praktischen Weise zur Prüfung der wirtschaftlichen Bedürfnisse Russlands beizutragen. Sie wünscht nochmals die tiefempfundene Freundschaft des amerikanischen Volkes für das russische Volk und die lebhafteste Teilnahme Nordamerikas an allen Versuchen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und zur Rückkehr des Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit seiner Hilfsquellen auszudrücken. Das amerikanische Volk hat schon einen offensichtlichen Beweis seines selbstlosen Wunschens der wirtschaftlichen Wiederherstellung Russlands gegeben. Unsere Regierung würde sich sehr freuen, eine ihr gebotene Gelegenheit zu verpassen, ein nütliches Werk zugunsten Russlands zu leisten. Die Washingtoner Regierung glaubt jedoch, sich nicht sofort nützlich an der Zusammenkunft im Haag beteiligen zu können, wenn diese Konferenz unter einem anderen Namen nur eine Fortsetzung der Genuefer Konferenz sein sollte, da sie dann den gleichen Schwierigkeiten begegnen würde, wenn die in der russischen Antwort ausgedrückte Haltung unverändert bleibt. Die endgültige und unvermeidliche Frage würde stets die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit Russlands bleiben, dessen Zustand durch die Natur der Dinge von Russland selbst sicher ausgestaltet werden müssen. Wie die amerikanische Regierung glaubt, daß diese Bedingungen vernünftig und einleuchtend sind, ist sie auch stets bereit, sich mit andern Regierungen zusammenzuschließen, die sie zu einer gemeinsamen Untersuchung über die Zustände in Russland und die Mittel zur Verbesserung der Lage einladen. Diese Untersuchung sollte alle Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Russlands behandeln, ohne die es keine günstige Grundlage für die Kreditgewährung gibt. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist in diesem Sinne bereit, jeden Vorschlag der Sachverständigenkonferenz von Genua oder jeder folgenden Konferenz entgegenzunehmen. Es muß beifügen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sehr wünscht, ihre Aufmerksamkeit jedem Vorschlag zu widmen; sie betrachtet aber den jetzigen Vorschlag der einladenden Mächte als scheinbar die Antwort auf die russische Denkschrift vom 11. Mai darstellend, der es an der endgültigen Klarheit fehlt, welche die Mitwirkung der amerikanischen Regierung nach dem vorangelegenen Plane möglich machen würde.

#### Eine Erklärung Rakowski.

Das Mitglied der russischen Delegation, Rakowski, hat gestern nachmittags Pressevertretern folgende Erklärung abgegeben: Wir haben das Communiqué der Alliierten noch nicht empfangen, kennen aber den Inhalt. Wir müssen unser Vertrauen ausdrücken, daß man zwar unseren Vorschlag angenommen hat, uns aber bei der Beantwortung nicht fragte, wie wir uns die Sache gedacht hätten. Hätte man das getan, dann hätte man eine ungeteilte gemischte Kommission vorgeschlagen. Wir fürchten, daß das, was man jetzt mit getrennten Kommissionen machen will, einen schlechten Erfolg haben wird. Man wird aneinander vorbeireden und sich mit Noten bombardieren, also die Methode beibehalten, die sich in Genua als unfruchtbar erwies. Wir fürchten, daß diese Methode dazu führen wird, die Gegenseite zu vertiefen, aber nicht dazu, eine Brücke zu schlagen. Wenn man eine einheitliche Kommission gehabt hätte, hätte man sich gegenseitig viel näher kommen können. Trotzdem werden wir nach dem Haag gehen und dort jede Gelegenheit benutzen, unseren guten Willen zu zeigen. Nicht annehmbar ist für uns die Bedingung, während der drei Monate der Kommissionsberatungen keine Verträge zu schließen.

#### Für den Rückzug Englands aus Europa.

Unter dieser Überschrift: „Das Scheitern der Genuefer Konferenz; Großbritanniens Sicherheit liegt in seiner Nichtteilnahme!“ schreibt „Daily Express“, die einzig sichere Politik für Großbritannien sei, abseits von Europa zu stehen. Die Genuefer Konferenz sei ein Fiasko gewesen. Die moralische Abneigung Frankreichs gegen die deutsche und die russische Regierung sei niemals verhehlicht worden. Auf der anderen Seite seien die Bolschewisten der Vermittlung des britischen Premierministers mit einer Unberücksichtigung entgegengetreten, die die ihrer Gegner übertreffe. Was sei zu tun, wenn

große europäische Nationen jede gegenseitige Finanzregelung ablehnten und sich zur Schlacht bereit machten, wenn Großbritannien zu ihnen vom Frieden rede? Großbritannien könne Europa nicht zum Frieden zwingen. Wenn Europa jedoch gegen die britischen Wünsche und Hoffnungen beschliesse, neue Kombinationen zu bilden, die zu Krisen führten, so müsse Großbritannien abseits von einer Entwicklung stehen, die ein weiteres Vergießen des Blutes seiner Söhne bedeuten würde. Großbritannien werde jetzt aufgefordert, zwischen einer neuen Kombination von Russland und Deutschland auf der einen, Frankreich, Belgien und Polen auf der anderen Seite zu wählen. Angesichts dieser furchtbaren Möglichkeit weiterer Kämpfe müsse sich Großbritannien abseits halten.

#### Die verfolgte Aufschub.

Maurice Barrès hat an den Ministerpräsidenten Poincaré einen Brief gerichtet, in dem er ihm mitteilt, daß er sofort nach dem Zusammentritt der Kammer über die Art zu interpellieren gedenke, durch die die Regierung die Einheit der Alliierten für den materiellen und moralischen Wiederaufbau Europas wiederherzustellen beabsichtige. In dem Briefe macht Barrès darauf aufmerksam, daß man Frankreich anfrage, es arbeite nicht gemeinschaftlich mit den andern Nationen für die Lösung der Wirtschaftskrise und daß man darauf ein Anlagensystem aufbaue. Man sage, Frankreich verfolge besondere Absichten; die Franzosen seien militärisch und imperialistisch. Dieses Mißverständnis müsse im Sonnenlicht und in ausgiebiger Weise durch ein sehr klares Exposé über den Geist der französischen Politik, wie sie für den Wiederaufbau Europas zu arbeiten gedenke, beseitigt werden.

#### Deutscher Reichstag.

Die Sitzung begann um 11 Uhr vormittags. Abg. Knoen (Kommunist) fragte, ob die Vätermeldeung zutrefte, daß auf dem Monddampfer Minden 60 000 Tonnen Zeitungspapier für Südamerika verladen worden seien, und was die Regierung zu tun gedenke, um diesen spekulativen Ausverkauf ein Ende zu machen und angesichts des Papiermangels und der wucherlichen Preistreibererei der Arbeiterpresse das notwendige Papier zu sichern.

Regierungsseitig wird erwidert, daß die Untersuchung in dieser Angelegenheit noch nicht beendet sei.

Abg. Leicht (Vaterl. Vp.) spricht seine Freude darüber aus, daß das Reichspostministerium den Rat gefunden hat, gegen die Zentralisierungsbestrebungen Stellung zu nehmen; ebenso muß sie sich vor der Schablonisierung hüten. Die volle Sonntagsruhe muß wie in Bayern im ganzen Reich bei der Post zur Durchführung kommen. Dadurch würde die Zahl der Urlauben und Krankheitsfälle wesentlich herabgemindert werden. Auf das Defizit der Post dürfe der schematische Richtfundentag kaum einen guten Einfluß ausüben, ebenso wenig aber ist in der Erhöhung der Gebühren ein Mittel zu erblicken. Die russischen Postgebühren, die in der Zeitungsfrage von Nutzen seien, sollten als abschreckendes Beispiel gelten. Der Redner wendet sich gegen die Praxis der Verwallung, sich auch Nichtleistungen bezahlen zu lassen, wie z. B. bei der Abbestellung nicht zustande gekommener Ferngespräche 1,25 M. und die Postlagergebühren von 3 M., selbst wenn gar keine postlagernden Briefe da seien.

Reichspostminister Giesberts: Gegen die allgemeine Sonntagsruhe ist von der länderlichen Bevölkerung die schwerste Opposition zu erwarten. Der Bauer hat in der Woche keine Zeit, Zeitung zu lesen; er will sie am Sonntag früh erhalten. Die Frage des Wegfalls der Nebengebühren wird geprüft werden. Die Frage des Automobilverkehrs wird künftig eine weit größere Rolle spielen als heute.

Abg. Bruhn (Nicht-Nat. Vp.) stellt gegenüber dem Abgeordneten Laubadel fest, daß der letzte Abschluß des kaiserlichen Deutschland bei der Post einen Überschuss von 100 Millionen Mark hatte. Damals kam eine Kritik an der Post überhaupt nicht auf. Heute ist man dagegen allgemein mit ihr unzufrieden. Für die Unterbeamten treten auch wir stets ein, ihre Förderung zu Schallerbeamten ist aber im Interesse des Publikums einfach unmöglich. Nur die Überfülle an Beamten und Hilfskräften trägt die Schuld an der Übersteuerung und dem Minus. Das platte Land kann auf die Sonntagsbestellung nicht verzichten. Auch in Bayern wird nicht die Aufhebung der vollen Sonntagsruhe gefordert. Die Gesprächszählung am Fernsprecher ist zu verwollständigen und möglichst überall der automatische Betrieb durchzuführen. Die Leitungen müssen erweitert werden, damit der Post nicht große Gebührenträge durch Nichtzustandekommen von Gesprächen verloren gehen.

Grün" von M. Clarus, eines Landvereins, des „Liederkranz“ Gagsfeld. Am leistungsfähigsten erwies sich die „Liederhalle“ mit der gelungenen Chorballade „Die Ablosung“ von Hermann Hüter. Daneben zeigte die „Vadonia“ ihr Können mit dem „Eifelwaid“ von Ludwig Baumann. Das Nachmittagskonzert stand nicht auf der gleichen Höhe wie das vom Vormittag, wobei allerdings die drückende Schwüle des überfüllten Saales sehr beeinträchtigend wirkte. Zu nennen sind der „Liederkranz“ mit der „Morgenzeit“ von Julius Riech und die „Concordia“ mit dem „Morgenlied“ des gleichen Komponisten. Dankesworte an Sänger, Kritik und Hörer richtete der Vorsitzende des Gaus, Herr Riegle, während Herr Lechner mit den vier Gesangsdirektoren prächtige Wirkungen erzielte.

„Bühne und Welt“. Unter den künstlerischen Darbietungen, die das Programm des großen Frühlingstreffes zum Besten der alten Pensionäre und der bedürftigen Hinterbliebenen ehemaligen Mitglieder unseres Landestheaters am Samstag, den 20. Mai im Stadtgarten und sämtlichen Räumen der Festhalle anständig, verdient noch das „Kabarett“ hervorgehoben zu werden, weil sich ihm die auf diesem Kleinstunfgebiet bewährtesten und beliebtesten Kräfte unserer Bühne zur Verfügung gestellt haben. Die Leitung übernehmen die Herren Direktor Hans Blum und Dramaturg Otto Kienzsch. Ferner ist es nach Überwindung nicht unerheblicher Schwierigkeiten, Dank der zähen Überredungskunst unseres unversiehblichen Paul Müller gelungen, eine „Bühne- und Welt“-Berühmtheit ersten Ranges zu gewinnen: nämlich den unsterblichen Theaterdirektor Emanuel Striese, der seine Mitwirkung nimmend zusagte und die Ehre haben wird, zur Erhöhung der Genüsse und ihres Erfolges seine unbenutzten bedeutende Kunst in den Dienst der guten Sache zu stellen.

Es sei bei dieser Gelegenheit mit besonderem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß für die Festteilnehmer keinerlei bestimmte Regeln für den zu wählenden Festanzug bestehen. Frack oder Smoking dürfte jedenfalls für das Herrenpublikum ebenso wenig dem Frühlingsschmelze der Veranstaltung entsprechen, wie das große Gesellschaftslied für die Damen; der einfache, jedem persönlichen Geschmack gemäß Frühlingssanzug wird sich dem angeführten Farbenreichtum des Gesamtbildes am besten einfügen und alle Sorgen um das passende Kostüm gerätren.

Der Redner erhebt sodann gegen die vorgeschlagene Streichung der Oberpostdirektionen in Oppeln, Waagen und Gumbinnen Einspruch.

Staatssekretär Teufel: Jahrelang ist der Streit darüber gegangen, daß wir das höhere Personal möglichst durch minder vorgebildete Beamte ersetzen sollten. Nach einer entsprechenden Übergangszeit werden die bisherigen Unterbeamten auch im Schalterdienst zur vollen Zufriedenheit arbeiten. Alle Postagenturen können angesichts des verschiedenen Umfangs der Anstalten allerdings nichts mit Vollbeamten besetzt werden.

Abg. Seppel (Soz.) bringt Klagen vor über die Schlechterstellung der Betriebsassistenten und Postkassierer in der neuen Besoldungsordnung. Er kritisiert die zu große Zahl der Aufsichtsbekanntnisse und meint, daß, wenn die kaiserliche Post Überschüsse erzielt habe, dies lediglich auf Kosten des unteren Personals möglich war. Der Redner wendet sich gegen den republikanischen und gewerkschaftsfeindlichen Geist, der noch im Postministerium herrsche und vor Beleidigungen des Reichspräsidenten und des „Widergesellen“ Giesberts nicht Halt mache.

Staatssekretär Dr. Bredow betont, daß das automatische Fernsprechnetz in der besten Entwicklung sei und schon gute Erfolge erzielt wurden. Er kommt auf die Drahtdiebstähle in der Nähe der Großstädte zu sprechen, welche viele Millionen Schaden anrichteten und 20 Prozent aller Betriebsstörungen ausmachten. Die Streichungsgebühr für zurückgezogene Ferngespräche könne nicht entbietet werden, weil die Zurückziehung von Gesprächen in letzter Zeit überhand nehme.

Abg. Hoffmann-Schmargendorf (U.S.P.) appelliert an den Minister, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sei, die berechtigten Klagen der mittleren und unteren Beamtenschaft abzustellen. Jedemfalls wolle sich die Beamtenschaft nicht von den höheren Beamten kontrollieren und beschränken lassen. Er erhebt Protest dagegen, daß neuerdings Bestrebungen im Gange seien, ihr Mitbestimmungsrecht zu bloßen Gutachten herabzudrücken.

Nachdem Minister Giesberts sich bereit erklärt hat, hinsichtlich der Regelung der Zustellungsgebühren den Bedürfnissen der Presse entgegenzukommen, wird der unabhängige Antrag betr. die Zustellungsgebühr abgelehnt. Ein anderer unabhängiger Antrag auf Entfernung der Kaiserbilder und Hoheitszeichen aus dem Postbetriebe wird sodann angenommen und das Ministergehalt bewilligt.

Im Laufe der Einzelberatung sichert der Minister zu, bei der Personalverringerung stets soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, und erklärt sich bereit, Beamten, die aus Anlaß ihrer Verbeirathung auf ihre Stelle verzichten, eine Abstandssumme zu zahlen.

Nach weiterer unweiselicher Debatte wird der Postetat bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei.

Das Haus schreitet sodann noch zur zweiten Lesung des Reichsarbeitsministeriums, verlegt die Verhandlungen aber nach dem der Verichterstattet gesprochen hat.

Vizepräsident Dr. Bell gibt dem Hause bekannt, daß der Abg. Jand (U. Vp.) in seiner Heimat verstorben ist. Das Haus ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sitzen Mittwoch 11 Uhr: Reichsarbeitsministerium.

#### Kurze polit. Nachrichten.

\* Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats beriet u. a. den Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Versicherungsgesetzes der Angestellten. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die obere Grenze des versicherungspflichtigen Einkommens der Angestellten auf 80 000 M. festgesetzt wird.

#### Die neue badische Verdingungsordnung.

\* Man schreibt uns: Der Entwurf der neuen badischen Verdingungsordnung wurde am Samstag, den 13. Mai 1922, im Landtagsgebäude einer Besprechung unterzogen. Erhalten waren Ministerialdirektor Sammet, Ministerialrat Dr. Girsh für das in dieser Frage zuständige Finanzministerium, Vertreter der übrigen badischen Ministerien, der badischen Gemeinderäte, des Handwerksrats, der Fachverbände des badischen Handwerks, der Landesverbände der badischen Handwerker und Gewerbevereine, sowie der Industrie.

Bereits am Donnerstag, den 11. Mai 1922, hatten die vier Handwerkskammern in gemeinsamer Sitzung ihrer Geschäftsführer den Entwurf durchgesprochen und dabei die Gesichtspunkte herausgestellt, die in den Ausschüssen der einzelnen Kammern als wesentlich hervorgehoben worden waren.

Am Freitag, den 12. Mai, traten die Fachverbände und der Handwerksrat zusammen und am Samstag, den 13. Mai, die Industrie und das Handwerk im Beratungszimmer des Haushaltsausschusses des badischen Landtags. Man erlab aus diesen Vorbereitungen, daß von den Organisationen und Kammer eine umfangreiche und sorgfältige Arbeit geleistet worden war, über deren Ergebnisse vor der Plenarsitzung im Landtagsberatungsraum eine Aussprache mit dem Finanzministerium stattgefunden hatte. So konnte die Hauptberatung am Samstag verhältnismäßig kurz sein. Die einzelnen Redner beschränkten sich darauf, den grundsätzlichen Standpunkt zu betonen und zu Einzelheiten nur in soweit Stellung zu nehmen, als sie aus den grundsätzlichen Auffassungen heraus sich erklärten. Von einer Durchsprechung der einzelnen Paragraphen der Verordnung, wie der allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen, hat man abgesehen. Die Organisationen werden ihre Wünsche und Forderungen formuliert dem Finanzministerium übermitteln, und es ist zugesagt, daß vor der Herausgabe der Verordnung noch einmal eine Besprechung in engerem Kreise mit dem Handwerksrat stattfinden wird. Grundsätzlicher Einspruch gegen die Verordnung wurde nicht erhoben und so erwartet man ein befriedigendes Ergebnis, zumal die Regierungsvertreter jedes mögliche Entgegenkommen in Aussicht gestellt hatten. Da in den Vorbesprechungen verschiedentlich die Meinungen zum Ausdruck gebracht wurden, der Entwurf bedeute überhaupt keinen Fortschritt und sei voll und ganz abzulehnen, überraschte der glatte Gang der Plenarberatung. Die Erklärung dürfte aber gegeben sein durch die Ergebnisse, die die Aussprache mit dem Finanzministerium gezeitigt hatte. Nachstehend geben wir einen kurzen Bericht über die Verhandlungen am Samstag.

Ministerialdirektor Sammet begrüßte die Versammlung im Namen der Regierung. Er wies darauf hin, daß die Regierung ein großes Interesse daran habe, das öffentliche Verdingungswesen in Baden so zu gestalten, daß beide Teile möglichst zufrieden seien. Er dankte denen, die an der Ausarbeitung der neuen Verordnung beteiligt waren und gedachte auch des Handwerks. Er schlug vor, in dieser Sitzung nur die Momente des Rechts und der Wirtschaft zu betonen, den politischen Er-



weiterungen wolle man absehen, zumal diese ja im Landtag erst vor kurzem wieder erfolgt seien.

Ministerialrat Dr. Giesch führte aus: Eine reifliche befriedigende Lösung des Verdingungsproblems ist unmöglich. Man kam zur Erkenntnis, daß man nur eben einen für beide Teile erträglichen Zustand schaffen könne. Früher wurden die öffentlichen Arbeiten versteigert, derjenige, der die Arbeit am billigsten auszuführen verspricht, erhielt den Zuschlag. Die Versteigerung nach der mit ihr getroffenen Vereinbarung vom 1. September 1919 die Summe von 2 316 500 M. zu decken, den Rest der Staat. Deshalb beschäftigte sich der Haushaltsausschuß am Dienstag vormittag in einer stündigen Sitzung mit dieser schwierigen Finanzangelegenheit. Die Beratungen vollzogen sich diesmal ruhiger, wie in früheren Jahren, weil allgemein die Ansicht vorherrschte, das Defizit muß im Interesse der Förderung von Kunst und Kultur getragen werden und der Vertrag ist für beide Teile bindend. So konnte denn auch zum Schluß der Debatte der Berichterstatter und Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Abg. Marum (Soz.) konstatieren, daß die Position Landes-Theater mit 12 Stimmen gegen die Stimme eines Zentrumsvorredners und 5 Stimmen-enthaltungen genehmigt worden ist.

Zugleich lagen dem Haushaltsausschuß einige Anträge und Eingaben vor, für die Theater in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz, welche ebenfalls außerordentlich unter der Finanznot leiden, entsprechende Beträge zu bewilligen und in den Etat einzustellen. Auch hierüber debattierte man des längeren und nahm schließlich einen Antrag der deutschen Volkspartei mit allen gegen 3 Stimmen an, die Regierung um Prüfung zu ersuchen, ob nicht in einem Nachtrag entsprechende Beträge für die größeren Theater unseres Landes eingestellt werden können, damit durch sie die Verbreitung der Kunst auf dem Lande und auch in kleineren Städten, in welchen kein Theater vorhanden ist, bewerkstelligt, sowie gute Konzerte, Dichterbände usw. gegeben werden können. Die zu diesem Punkte gestellten Anträge waren damit erledigt, die Petitionen wurden der Regierung als Material überwiesen.

Der Berichterstatter Marum bemerkte einleitend, daß die finanzielle Lage des Landes-Theaters im Hinblick auf die Theater anderer Städte nicht einmal ungünstig sei. Das Landes-Theater sei eine moralische Anstalt, kein Geschäftsunternehmen, es habe Landesaufgaben zu erfüllen. Deshalb seien 30 Vorstellungen in Pforzheim, 30 in anderen Städten, wie Rastatt, Achern, Reß, Offenburg, insgesamt 90 außerhalb von Karlsruhe noch gegeben worden. In Weßen habe man sogar eine Wanderbühne geschaffen, die sich gut bewährt habe. In Preußen müßten für Theater, wie das von Breslau usw., noch viel höhere Aufwendungen gemacht werden. Der Vertrag mit der Stadt Karlsruhe sei bis zum Jahr 1925 abgeschlossen; es bestehe also die Verpflichtung für den Staat, die Hälfte des Defizits zu decken.

Es äußerten sich dann alle Parteien zu der Angelegenheit. Ein Zentrumsvorredner plaidierte für die Einsetzung einer Kommission, die nochmals nachprüfen solle, ob nicht weitere Ersparungen zu machen seien. Seine Anregung fand aber keine Gegenliebe. Es bestände bereits ein Verwaltungsrat, bestehend aus 6 Mitgliedern des Kultus- und des Finanzministeriums und 3 Vertretern der Stadt Karlsruhe, welcher aufs genaueste alle Ausgaben prüfe. An den Gehältern des Künstlerpersonals wolle man aber nicht rütteln, es müßte das Notwendigste zum Leben haben. Ein anderer Zentrumsvorredner stimmt zu; eine Erhöhung der Preise könne nicht mehr vorgenommen werden.

Die Vertreter der Demokratie und der Deutschen Nationalen Volkspartei stimmen zu. Wir seien durch die Verträge gebunden. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei plaidiert für den oben genannten Antrag seiner Partei und tritt ebenfalls für die Bewilligung ein.

Ein Mitglied des Landbundes erklärte, der Vertrag müsse beachtet werden. Seine Fraktion behalte sich die Abstimmung vor. Dagegen hatten die Abg. Herle, Fischer-Weissenheim, Gagin und Schrank bereits am 2. März folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die im Staatsvoranschlag 1922/23 für das Landes-Theater Karlsruhe vorgesehen Mittel zu streichen und die dadurch freiwerdenden Summen der minderbemittelten städtischen Bevölkerung zuzuführen.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

#### Das Landes-Theater.

Von dem bis Oktober 1921 entstandenen Defizit des Landes-Theaters im Betrage von 4 683 000 M. hat die Stadt Karlsruhe nach der mit ihr getroffenen Vereinbarung vom 1. September 1919 die Summe von 2 316 500 M. zu decken, den Rest der Staat. Deshalb beschäftigte sich der Haushaltsausschuß am Dienstag vormittag in einer stündigen Sitzung mit dieser schwierigen Finanzangelegenheit. Die Beratungen vollzogen sich diesmal ruhiger, wie in früheren Jahren, weil allgemein die Ansicht vorherrschte, das Defizit muß im Interesse der Förderung von Kunst und Kultur getragen werden und der Vertrag ist für beide Teile bindend. So konnte denn auch zum Schluß der Debatte der Berichterstatter und Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Abg. Marum (Soz.) konstatieren, daß die Position Landes-Theater mit 12 Stimmen gegen die Stimme eines Zentrumsvorredners und 5 Stimmen-enthaltungen genehmigt worden ist.

Zugleich lagen dem Haushaltsausschuß einige Anträge und Eingaben vor, für die Theater in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Konstanz, welche ebenfalls außerordentlich unter der Finanznot leiden, entsprechende Beträge zu bewilligen und in den Etat einzustellen. Auch hierüber debattierte man des längeren und nahm schließlich einen Antrag der deutschen Volkspartei mit allen gegen 3 Stimmen an, die Regierung um Prüfung zu ersuchen, ob nicht in einem Nachtrag entsprechende Beträge für die größeren Theater unseres Landes eingestellt werden können, damit durch sie die Verbreitung der Kunst auf dem Lande und auch in kleineren Städten, in welchen kein Theater vorhanden ist, bewerkstelligt, sowie gute Konzerte, Dichterbände usw. gegeben werden können. Die zu diesem Punkte gestellten Anträge waren damit erledigt, die Petitionen wurden der Regierung als Material überwiesen.

Der Berichterstatter Marum bemerkte einleitend, daß die finanzielle Lage des Landes-Theaters im Hinblick auf die Theater anderer Städte nicht einmal ungünstig sei. Das Landes-Theater sei eine moralische Anstalt, kein Geschäftsunternehmen, es habe Landesaufgaben zu erfüllen. Deshalb seien 30 Vorstellungen in Pforzheim, 30 in anderen Städten, wie Rastatt, Achern, Reß, Offenburg, insgesamt 90 außerhalb von Karlsruhe noch gegeben worden. In Weßen habe man sogar eine Wanderbühne geschaffen, die sich gut bewährt habe. In Preußen müßten für Theater, wie das von Breslau usw., noch viel höhere Aufwendungen gemacht werden. Der Vertrag mit der Stadt Karlsruhe sei bis zum Jahr 1925 abgeschlossen; es bestehe also die Verpflichtung für den Staat, die Hälfte des Defizits zu decken.

Es äußerten sich dann alle Parteien zu der Angelegenheit. Ein Zentrumsvorredner plaidierte für die Einsetzung einer Kommission, die nochmals nachprüfen solle, ob nicht weitere Ersparungen zu machen seien. Seine Anregung fand aber keine Gegenliebe. Es bestände bereits ein Verwaltungsrat, bestehend aus 6 Mitgliedern des Kultus- und des Finanzministeriums und 3 Vertretern der Stadt Karlsruhe, welcher aufs genaueste alle Ausgaben prüfe. An den Gehältern des Künstlerpersonals wolle man aber nicht rütteln, es müßte das Notwendigste zum Leben haben. Ein anderer Zentrumsvorredner stimmt zu; eine Erhöhung der Preise könne nicht mehr vorgenommen werden.

Die Vertreter der Demokratie und der Deutschen Nationalen Volkspartei stimmen zu. Wir seien durch die Verträge gebunden. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei plaidiert für den oben genannten Antrag seiner Partei und tritt ebenfalls für die Bewilligung ein.

Ein Mitglied des Landbundes erklärte, der Vertrag müsse beachtet werden. Seine Fraktion behalte sich die Abstimmung vor. Dagegen hatten die Abg. Herle, Fischer-Weissenheim, Gagin und Schrank bereits am 2. März folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die im Staatsvoranschlag 1922/23 für das Landes-Theater Karlsruhe vorgesehen Mittel zu streichen und die dadurch freiwerdenden Summen der minderbemittelten städtischen Bevölkerung zuzuführen.

Sozialdemokratische Vertreter bemerkten, daß das Land viele Naturgenüsse habe, welche die Städter entbehren müßten. Die letzteren könnten das Theater nicht entbehren, es würden sonst minderwertige Theaterunternehmungen aufstehen. Die Gewerkschaften hätten sich in den Volkshäusern organisiert und stellten in den Großstädten eine hohe Zahl der Theaterbesucher. Das beweise, daß die Arbeiterschaft großen Wert auf den Fortbestand der Theater lege. Auch der Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei erklärt sich trotz mancher Bedenken für die Bewilligung.

Die Regierung teilt zunächst mit, daß eine Verminderung des Künstlerpersonals von 339 auf 288, also um 51 eingetreten sei; eine weitere Verminderung sei nicht möglich. Auch in bezug auf die Inszenierung einzelner Stücke und den Aufwand für Dekorationen sind Ersparungen im weitesten Maße gemacht worden. Die neuen Gehaltsverhältnisse für die Beamten und Angestellten nimmt das Reich auf sich. Eine größere Kontrolle der Theaterbesucher wie sie jetzt geübt wird, ist nicht notwendig.

Damit waren die wesentlichsten Ausführungen gemacht. Der Ausschuß faßte dann die eingangs erwähnten Beschlüsse.

Etwas lebhaft wurde es, als die Anträge auf Gewährung von Zuschüssen für andere Theater debattiert wurden. Die Vertreter aus diesen Städten, legten sich energisch für diese Anträge und Eingaben ins Zeug und stellten in Aussicht, daß eventuell einzelne Theater schließen müßten. Was Karlsruhe redet ist, ist Mannheim, Heidelberg, Freiburg, Konstanz usw. billig. An freiwillige Gaben für das Theater fließt in die Städten auch nichts mehr. Sie hätten zudem auch nationale Aufgaben im Hinblick auf die Nähe der deutschen Grenzen.

Die Regierung sagt hierzu, es sei durchaus richtig, daß diese Theater große nationale Aufgaben hätten; sie könnten so viel Gutes leisten. Deswegen wäre zu erwägen, ob man nicht für diese Theater etwas tun könnte. Der Deutschvolksparteiliche Antrag gäbe hierzu vielleicht eine Möglichkeit.

Einige eingereichte Eventualanträge werden abgelehnt. Die Abstimmungen ergaben das obige Resultat.

#### Die Altpensionäre.

Für sie trat der Berichterstatter warm ein. Es bekommen manche von ihnen trotz einer Tätigkeit von mehreren Jahrzehnten am Karlsruher Theater pro Monat oft nur wenige Hundert Mark; sie führten ein jämmerliches Dasein, es müßte geholfen werden. Die Feuerungszulagen seien zu erhöhen.

Die Regierung erklärt, sie sei an die bestehenden Gesetze gebunden, wolle aber erwägen, ob man nicht im Nachtrag etwas tun könne. Der Ausschuß ist einstimmig der Meinung, daß hier geholfen werden muß und stimmt den Vorschlägen zu.

### Landwirtschaftliche Tagungen in Freiburg

DZ. Freiburg i. B., 18. Mai. Der Reigen der Tagungen der großen landwirtschaftlichen badischen Korporationen wurde heute vormittag 11½ Uhr eröffnet mit dem 38. Verbandstag der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, zu dem sich in der städtischen Festhalle mehrere hundert Teilnehmer aus allen Gegenden Badens, namentlich aus Ober- und Mittelbaden, eingefunden hatten. Gegen 10 Uhr hatte bereits die landwirtschaftliche Kredit-Verbandsklasse e. G. m. b. H. ihre 10. Generalversammlung abgehalten.

Die Verhandlungen wurden geleitet vom Verbandsdirektor Landesökonomierat Haeder, der des verstorbenen Abgeordneten Reich, des hochverdienten Vorkämpfers der badischen Landwirtschaft gedachte, zu dessen Ehren sich die Versammelten von ihren Eichen erhoben. Er wünschte der Tagung, auch der anderen landwirtschaftlichen Verbände, guten Erfolg im Dienste der Allgemeinheit. Landeskommissar Geh. Rat Schneider überbrachte die Wünsche der badischen Regierung, die den Zusammenkunft der Landwirte begrüße als wesentliches Mittel zur Hebung der Landwirtschaft nach dem Grundsatz des Verbandes: Einigkeit macht stark. Bürgermeister Niebel-Freiburg nahm bei seiner Begrüßung im Auftrag der städtischen Behörden Gelegenheit, des wachsenden Verständnisses zwischen Stadt und Land zu gedenken, das seinen Ausdruck gefunden habe in zahlreichen Spenden von Lebensmitteln an Bedürftige der Städte. Für den Reichsverband der deutschen Landwirtschaft erklärte Oberregierungsrat Gennes-Berlin es als unbedingt notwendig, daß die gesetzlichen Vorschriften aufgegeben würden, die den Abfluß des Geldes seitens des flachen Landes in die Kassen der Banken hinderten infolge des Depotzwanges und Aufhebung des Bankgeheimnisses. Das so heiß gewünschte Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft sei nur möglich, wenn das für die landwirtschaftlichen Betriebe notwendige Kapital auf feste Füße gestellt werde und nicht in alle möglichen Kanäle verschwinde.

Der vom Verbandsdirektor verlesene Verbandsbericht gibt ein günstiges Bild der Entwicklung. Der Verband zählt heute 485 landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften m. u. G. Seit dem Kriege wurden 20 Kreditvereine neu gegründet. Im Jahre 1921 davon 5. Im Geschäftsjahr 1920 erzielten die Verbandsvereine einen Umsatz von 585 Millionen Mark gegen 411 Millionen des Vorjahres. Die Spareinlagen stiegen von 210 auf 263 Millionen Mark und das eigene Vermögen der Vereine von 12 385 000 M. auf 14 413 000 M. In dem Bericht heißt es weiter, nach und nach mache sich das Bedürfnis nach Geld unter den Mitgliedern wieder bemerkbar. Im Jahre 1920 vermehrten sich die ausstehenden Darlehen um 9 Millionen Mark. Die überschüssigen Gelder fanden Anlage in den Geldzentralen des Verbandes der Ausgleichskasse bei der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim und der landwirtschaftlichen Kreditverbandskasse e. G. m. b. H. in Freiburg i. B. Die Guthaben in Mannheim betrugen 10 Millionen und in Freiburg 150 Millionen. 453 Verbandsvereine gehörten der vor 10 Jahren gegründeten Kreditverbandsklasse bereits als Mitglieder an und unterhielten einen regen Geschäftsverkehr mit derselben. Die Mitgliederzahl sei wieder auf den Vorkriegsbestand mit annähernd 70 000 gestiegen. Der Geschäftsgang in den einzelnen Vereinen müsse neuerlich umgestaltet werden; eine vernünftige Zinspolitik sei notwendig. Nicht mehr auf dem Wasser liege die deutsche Zukunft, sondern in der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft.

Sobald wurden innere Verbandsangelegenheiten behandelt, dem Vorstand und dem Rechner Entlastung erteilt, die abgeänderten Satzungen angenommen, die in der Hauptsache die Verbandsorgane (Verbandstag, Verbandsausschuß, Verbandsdirektor) betreffen und der bisherige Verbandsdirektor, Ökonomierat Robert Haeder, wiedergewählt, der damit sein 11. Dienstjahr beginnt. Zu seinen Stellvertretern wurden wiederum gewählt Altbürgermeister Rager-Dundheim (Amt Wertheim) und Weingutsbesitzer Stöder-Oberrotweil (Amt Breisach). Mit einem Protest gegen die gesetzlichen Vorschriften über den Depotzwang und die Aufhebung des Bankgeheimnisses, wobei ausdrücklich betont wurde, daß jede Steuerbrüdergerei fernhalte, schloß die Tagung.

Als zweiter landwirtschaftlicher Verband tagte in der Festhalle der badische Molkereiverband. Zu seiner 27. Generalversammlung hatten sich die Mitglieder sehr zahlreich eingefunden, die vor Beginn der Tagung die in den Gartenanlagen der Festhalle untergebrachte landwirtschaftliche Ausstellung mit Interesse besichtigten. Stellt sie doch in ihrer Mannigfaltigkeit so ziemlich alles zur Schau, was sich das Herz des Landwirtes wünschen kann.

Nach dem Jahresbericht für 1921 umfaßt der Verband 198 Mitglieder mit 12 381 Einzelmilchliedern. Der Wert der hergestellten Maschinen und Geräte betrug rund 693 400 M. Nach einer Berechnung des Verbandes gab es in Baden Ende 1921 einen Kuhbestand von 316 070 Stück. Von den dem Verband angeschlossenen Molkereigenossenschaften wurden 1921 15 559 071 Liter Vollmilch angeliefert, von denen rund 11 Millionen Liter in die Städte abgeführt und der Rest verarbeitet wurde. Die Butterausbeute wird als gut bezeichnet; es wurden insgesamt erzeugt 338 870 Pfund. Für verkaufte Milch und Butter wurden 34 114 118 M. eingenommen. Der Verband, der ein Drittel der gesamten badischen Milchversorgung vermittelt, berechnet die Belieferung der Versorgungsberechtigten auf 0,16 Liter pro Tag und Kopf im Jahre 1921 gegen 0,12 Liter im Jahre 1920. Der Bericht verweist auf die mannigfachen Auswirkungen der Zwangswirtschaft, auf die Schwierigkeiten der Futterversorgung, und auf die Bemühungen des Verbandes, trotz der Schäden durch Viehpesten usw. die Produktion zu steigern. Am Schluß des Berichts wird gesagt, daß die Steuererhebung dem Wesen der Genossenschaften nicht gerecht geworden ist, besonders nicht hinsichtlich der Umsatzsteuer, die den Betrieb der Genossenschaften nur hemmt.



Die Verhandlungen wurden geleitet vom Verbandsdirektor, Landtagsabgeordneter Schoen. Auch dieser Tagung übertrug Landeskommissar Schneider namens der badischen Regierung die besten Wünsche mit einem eindringlichen Hinweis auf die große Not der überaus wichtigen Milchversorgung, die bei dem Mangel an Einfuhr die größte Sorgfalt der Genossenschaft erfordert. Daß diese Sorgfalt schon ihre Früchte getragen habe, betonte Verbandsdirektor Schoen. Es sei bereits vorwärts gegangen. Darüber gäben die Zahlen des Berichtes Auskunft. Das Bestreben des Verbandes müsse es bleiben, den letzten Liter Milch in die Städte zu schaffen. Die Bilanz für 1921 weist den Betrag von 156 444 M. auf. Die Einnahmen sind berechnet mit 202 194 M., die Ausgaben mit 277 271 M. Der Reingewinn von 14 923 M. wird zur Hälfte dem Reservefonds, zur anderen Hälfte dem Landesmilchfonds überwiesen. Die satzungsgemäß ausstehenden Vorstandsmittglieder, darunter der Verbandspräsident Klopfermatingen, wurden wiedergewählt.

Es folgten zwei Vorträge berufener Vertreter auf dem Gebiete der Milchversorgung. Dr. Schaller-Augustenberg sprach über Mittel und Wege zur Steigerung der Produktion. Als solche bezeichnet er u. a. die richtige Zusammenstellung des Futters und die genaue Feststellung der Leistungsmöglichkeit des einzelnen Tieres zur Verwendung zur Zucht. Diesen Gedanken spannt der nächste Referent, Veterinärarzt Müller-Radolfzell weiter, der zur Erreichung der dringend nötigen Steigerung der Milchproduktion die Ergänzung des jetzt vielfach noch geschwächten Viehbestandes zur Pflicht macht. Der heimliche badische Viehdiebstahl eigne sich besonders gut zur Anzucht guter Milchfühe. Grundlage sei allerdings eine genaue Milchleistungs-kontrolle. Mit der Zeit werde sich dann bei planmäßigen Vorgehen ein guter milchreicher Schlag herausbilden.

Ökonomierat Ries legte in seinen Ausführungen das Hauptgewicht auf eine den Kosten entsprechende Preisgestaltung. Hand in Hand damit müsse der vermehrte Futteranbau gehen. Den Schluß der Tagung bildeten interne Angelegenheiten des Verbandes.

### Bauerntagungen im Badischen Hinterland

DZ. Die vom Badischen Bauernverein auf den letzten Sonntag im Kreise Mosbach einberufenen drei Bauerntagungen in Mosbach, Lauda und Buchen, hatten sich an allen Stellen eines überaus starken Besuches seitens der Landwirtschaft aus der näheren und weiteren Umgebung zu erfreuen. In allen drei Versammlungen, an denen u. a. der Präsident, Staatsrat Reichhaupt, der II. Vizepräsident Abg. Schill und der Generaldirektor Dr. Angenheister, teilnahmen, wurde die Betriebswirtschaft für das kommende Wirtschaftsjahr ausgiebig erörtert. Die Versammelten stellten sich überall auf den Standpunkt, daß das Umlageverfahren abgeschafft werden solle, daß sie aber an einer Verbilligung des Brotes für die minderbemittelte Bevölkerung im Zusammenstehen mit den übrigen Berufsständen mitwirken wollen.

### Die Zahl der Aerzte in Baden.

Nach den Zusammenstellungen des Badischen Statistischen Landesamtes hat sich die Zahl der Aerzte in Baden in der Kriegs- und Nachkriegszeit erheblich vergrößert. Während

die Gesamtzahl der approbierten Aerzte und Zahnärzte im Jahre 1913 noch 1463 betragen hatte, belief sie sich im Jahre 1920 auf 1821. Unter diesen 1821 Aerzten befinden sich 67 nicht praktizierende Aerzte (gegenüber 79 im Jahre 1913), 801 nur in Anstalten beschäftigte Aerzte (243), 11 Militärärzte (58) und 213 Zahnärzte (153).

### Frauen im Herzteberuf.

In der Kriegszeit und den unmittelbar darauf folgenden Jahren hat die Verwendung von Frauen in Berufen, die früher Männern allein vorbehalten waren, große Fortschritte gemacht. Besonders gilt dies vom Herzteberuf. Im Jahre 1913 waren nach den Erhebungen des Badischen Statistischen Landesamtes 27 Frauen ärztlich tätig, darunter 6 als Zahnärztinnen. In den folgenden Jahren hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt. Im Jahre 1920 sind 62 Frauen gezählt worden, die als approbierte Ärztinnen in Anstalten oder in der Privatpraxis beschäftigt waren; darunter befanden sich 18 Zahnärztinnen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Mannheim, 17. Mai. Einem Privattelegramm aus Heidelberg der Neuen Badischen Landeszeitung zufolge, wurde gegen den Professor Dr. Josef Kassewitz aus Heidelberg ein Sprengbombenattentat verübt. Professor Kassewitz erhielt in letzter Zeit verschiedene Drohbriefe, weil er einigen Schülern darüber die Geistesverrichtung habe, daß er sie angeblich aus der Schule herausdrücke. Als nun der Professor am Sonntagabend mit seiner Tochter in seine Wohnung zurückkehrte, fand er dort vor der Wohnung ein Paket vor. Er öffnete das Paket, das beim Anziehen der Schürze plötzlich explosionsartig auseinanderfloß. Professor Kassewitz wurde bei der Explosion im Gesicht ziemlich schwer verbrannt. Seine Tochter erlitt einige leichtere Verletzungen.

### Aus der Landeshauptstadt.

Erstattung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn. Die Presseabteilung der badischen Regierung teilt mit: Es ist in neuerer Zeit, auch durch Artikel in der Tagespresse, darüber gellagt worden, daß sich die Erstattung der durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 zu viel bezahlten Einkommensteuer in ungebührlicher Weise verzögere; die Schuld daran liege an der Finanzkasse (Steuer-einnahmestelle) Karlsruhe. Es ist zwar richtig, daß die genannten Erstattungen bisher noch nicht durchweg geleistet werden konnten und daß dieses Geschäft noch einige Zeit beanspruchen wird, es ist aber unbillig, für diesen, für die beteiligten Behörden nicht weniger als für die Steuerzahler bedauerlichen Zustand einseitig die Finanzkasse verantwortlich zu machen. Die ungebührliche Arbeit, vor die die Finanzkasse mit diesen Rückzahlungen gestellt wurde, scheint nicht genügend bekannt zu sein und gewürdigt zu werden. Die Gesamtzahl der beteiligten Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt hier über 33 000. Die Abrechnung mit diesen hat sich auf 2 Jahre, die Rechnungsjahre 1920 und 1921, zu erstrecken. Da sich das Veranlagungsgeschäft aus Gründen, die hier nicht weiter zu erörtern sind, weit hinausgezogen, wurde die Abrechnungsarbeit für die Finanzkasse auf eine kurze Zeit zusammengedrängt. Dabei

wirkte von vornherein während, daß zahlreiche Steuerpflichtige eine vorzugsweise Abfertigung beanspruchten. Man wird der Finanzkasse keinen Vorwurf daraus machen können, daß sie bemüht war, diesem Verlangen überall da stattzugeben, wo dies durch eine Kollage des Betroffenen als gerechtfertigt erschien.

Im übrigen wird aber das Abrechnungsgeschäft in ganz außerordentlicher Weise dadurch erschwert, daß sich die Steuerkarten zum größten Teil als recht mangelhaft geführt erwiesen. Vielfach sind die Karten in vorchriftswidriger und ganz unübersichtlicher Weise gefüllt; anstatt der Steuerkarten sind oft andere Wertzeichen, wie Briefmarken, verwendet, die für Steuerzwecke nicht verwendbar sind. Die Verwendung selbiger Blätter oder Hefte anstatt der vorgeschriebenen Steuerbücher verursacht mühsame Neuzusammenstellungen. In den Zusammenstellungen der gelebten Werte finden sich zahlreiche, zum Teil recht bedenkliche Fehler. Eine Nachprüfung der Steuerbücher ist daher unerlässlich, sie ist aber auch sehr zeitraubend. In vielen Fällen wurden die Steuerbücher vorgelegt, aber nicht die Steuerbescheide, die dann besonders eingefordert werden müssen. Dabei stellt sich nicht selten heraus, daß eine Veranlagung zur Einkommensteuer nicht stattgefunden hat, weil seinerzeit unterlassen wurde, eine Steuererklärung einzureichen. Eine Erstattung jubel bezahlter Steuer kann aber nur stattfinden, wenn auf Grund einer ordnungsmäßigen Veranlagung festgestellt ist, daß der Steuerzahler dem Gehalt oder Lohn zu hoch war. Die betreffenden Steuerpflichtigen müssen daher zunächst an die Veranlagungsabteilung zur nachträglichen Veranlagung verwiesen werden. Ein großer Teil der Steuerbücher wurde überdies nicht rechtzeitig eingeleitet; täglich laufen noch solche in beträchtlicher Zahl ein. Und schließlich darf noch darauf hingewiesen werden, daß die räumlichen Verhältnisse der Kasse einem so außerordentlichen Ansturm, wie er am Anfang dieses Jahres einsetzte, nicht ganz gewachsen waren. In dieser Beziehung wird eine wesentliche Besserung eintreten, wenn die geplanten Erweiterungen demnächst durchgeführt sein werden. Aber auch sonst schreitet die Aufarbeitung der eingeleiteten Steuerbücher und Nachweisungen über Steuerabzüge und Hand in Hand damit die Auszahlungen der jubel bezahlten Beträge rüstig vorwärts; es ist zu erwarten, daß das ganze Abrechnungsgeschäft in einigen Wochen beendet sein wird.

Die beklagten Zustände wären sicherlich zu einem sehr großen Teil vermieden worden, wenn die Steuerbücher sorgfältiger geführt worden wären und wenn die Lohn- und Gehaltsempfänger rechtzeitig richtige Einkommensteuererklärungen abgegeben hätten. Es ist aber zu erwarten, daß sich solche Zustände nicht wiederholen werden, nachdem die Vorschriften über die Besteuerung des Lohnverdienens wesentlich verbessert worden sind und sich mehr eingelebt haben.

### Badische Gemeindegewinnung.

DZ. Saagen i. Wiesental, 16. Mai. Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeistereiwahl erhielt der Kandidat der Sozialdemokraten, Kallenbach, 162 Stimmen, der Landbundkandidat, Glaser, 178, der Kandidat der Demokraten und des Zentrums, Gimpel, 224 Stimmen. Es muß ein zweiter Wahlgang stattfinden, da keiner der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl auf sich vereinigte.

**Badisches Landestheater.**  
Donnerstag, 18. Mai. 7-10 Uhr. 45 Mk.  
Th.-Gem. B.V.B. alle Nummern über 3500.  
**Volksbühne E 8**  
Nur die gerade Seite des Hauses, also gerade  
Reihensitze u. gerade Logen.  
**Der Freischütz.**

**BAUBUND-MÖBEL**  
in bewährter Güte  
und reicher Auswahl  
zu angemessenen Preisen  
gegen Barzahlung  
oder auf Teilzahlung.  
Eigene Verkaufsstellen:  
KARLSRUHE, Karlfriedrichstr. 22  
FREIBURG, Kaiserstr. 27  
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt  
PFORZHEIM Theaterstr. 15  
OFFENBURG, Steinstr. 2  
MOSBACH, Hauptstr. 12  
SINGEN a. H., Scheffelstr. 25  
KONSTANZ, Roggengartenstr. 31  
**BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.**  
Gemeinnütziger Möbelvertrieb  
Telephon 517. Karlsruhe am Rondellplatz.

**Bürgermeister-Stelle.**  
Bei der Stadt Durlach in Baden (Industriestadt  
von 18000 Einwohnern) ist die neugeschaffene Stelle  
eines  
II. Bürgermeisters  
alsbald zu besetzen. Die Besetzung ist nach Gruppe  
XII der Besoldungsordnung in Aussicht genommen.  
Bewerber, die im Gemeindeverwaltungsdienst gründ-  
liche Erfahrung besitzen, insbesondere auch solche mit  
Vorbildung für den höheren Justiz- und Verwaltungs-  
dienst werden ersucht, ihre Bewerbung unter Bei-  
fügung des Lebenslaufes und etwaiger Zeugnisse bis  
26. Mai 1922, 10. Uhr, beim Bürgermeister einzureichen.  
Persönliche Vorstellung erst auf Aufforderung er-  
wünscht.  
Durlach, den 11. Mai 1922.  
Der Bürgermeister:  
Dr. Zierau.

**Charakter-  
deutung**  
(20 Zeilen in Tinte geschr.)  
Merk 6.60 R. 5083b  
**Grapholog. Institut**  
R. S. Ritter  
Karlsruhe, Körnerstraße 30

**Bürgerl. Rechtspflege  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
Angebot.  
N. 411.2.2. Eppingen. Der  
Landwirt Heinrich Schell in  
Tiefenbach hat beantragt,  
den verschollenen August  
Schell, geboren am 17. Mai  
1887 in Tiefenbach, zuletzt  
Kustkeller im Inf. Regt.  
Nr. 170, 2. Komp. und zu-  
letzt wohnhaft in Tiefenbach  
für tot zu erklären. Der  
bezeichnete Verschollene wird  
aufgefordert, sich spätestens  
in dem auf Mittwoch, den  
13. Dezember 1922, vor-  
mittags 9 Uhr, vor dem  
unterzeichneten Gericht an-  
zuerkennen oder sich an-  
zuerkennen zu lassen, widrigen-  
falls die Todeserklärung er-  
folgen wird. An alle, welche  
Auskunft über Leben oder  
Tod des Verschollenen zu  
erteilen vermögen, ergeht  
die Aufforderung, spätestens  
im Aufgebotsstermin dem  
Gericht Anzeige zu machen.  
Eppingen, 10. Mai 1922.  
Bad. Amtsgericht.

**Bestimmte  
Belastungen.  
Steinlieferung  
zum Rheinbau.**  
Die Lieferung von etwa  
600 cbm Bruchstein zum  
Rheinbau auf die Lager-  
plätze des Bezirks wird in  
6 Losen auf Grund öffent-  
licher Bedingung vergeben.  
Angebote mit der Auf-  
schrift „Steinlieferung“ sind  
auf Vorbrücken, postfrei und  
verschlossen, bis Mittwoch,  
den 31. Mai 1922, vormit-  
tags 10 Uhr, auf unferem  
Geschäftszimmer (Thurn-  
seckstraße 16) einzureichen,  
wo auch um diese Zeit die  
Eröffnung der Angebote  
stattfindet. Die Bedingun-  
gen können auf dem Ge-  
schäftszimmer des Bauamtes  
und bei den Dammeistern  
eingesehen werden, wofür  
auf Vorbrücke erhältlich  
sind.  
Freiburg, 15. Mai 1922.  
Bad. Rheinbauamt.

**Zentral-Güterrechts-Register für Baden.**  
Bonndorf. N. 426  
Güterrechtsregistereintrag  
Band I:  
Seite 214. Friz, Verthold,  
Bürgermeister in Grafen-  
hausen, und Silba geb. Hä-  
gle. Vertrag vom 6. Mai  
1922. Gütertrennung un-  
ter Ausschluß aller Verwal-  
tung und Nutzung des  
Mannes am Vermögen der  
Frau.  
Seite 213. Feld, Peter,  
Kaufmann in Buggenried,  
und Maria geb. Lafotta.  
Vertrag vom 6. Mai 1922:  
Gütertrennung unter Aus-  
schluß aller Verwaltung  
und Nutzung des Man-  
nes am Vermögen der Frau.  
Bonndorf, 10. Mai 1922.  
Bad. Amtsgericht.  
Wahl. N. 309  
Güterrechtsregisterintra-  
gung Band II Seite 484:  
Wöhner, Richard, Schachtel-  
macher und Kalkfabr. Karo-  
line in Altschweier. Güter-  
trennung gemäß § 1426  
B.G.B. infolge des unterm  
28. April d. J. eröffneten  
Konkursverfahrens über das  
Vermögen des Ehemannes  
und dadurch bedingter Ein-  
ziehung der Verwaltung und  
Nutzung desselben am  
eingebrochenen Gut der Ehe-  
frau.  
Wahl, den 6. Mai 1922.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.  
Wahl. N. 407  
Zu Band IV des Güter-  
rechtsregisters wurde einge-  
tragen:  
S. 9. Richard Waldschmidt,  
Major a. D. und Gutsbe-  
sitzer hier, und Martha  
Illmann.  
Ehevertrag vom 11. April  
1922. Das gegenwärtige  
und künftige zu erwerbende  
Vermögen der Frau ist ihr  
Vorbehaltsgut und der Aus-  
scheidung und Verwaltung des  
Mannes entzogen.  
S. 10. Albert Schwarz,  
Wachmeister hier, und dessen  
Ehefrau Maria, geb. Lüber.  
Ehevertrag vom 2. Mai  
1922, Aufhebung des seit-  
herigen Güterrechts, Güter-  
trennung. Das Vermögen  
eines jeden Ehegatten ist  
im Ehevertrag und in der  
Beilage des Güterrechts-  
registers beschrieben.  
Wahl, 12. Mai 1922.  
Amtsgericht: Gerichtsschreiber.  
Mannheim. N. 408  
Zum Güterrechtsregister  
wurde heute eingetragen:  
1. Band XIV Seite 484:  
Seitz, Karl Kaspar, Land-  
wirt, und Margareta ge-  
borene Volz in Sodenheim.  
Vertrag vom 25. April 1922  
Gütertrennung.  
2. Seite 485: Zeiler, Eu-  
gen, Koch, und Elisabeth  
geb. Feuerstein in Mann-  
heim. Vertrag vom 27.  
April 1922. Gütertrennung.  
3. Seite 486: Lang, Eu-  
gen, Installateur, und Jo-  
hanna geb. De Ranz in  
Mannheim. Durch Ver-  
trag vom 28. April 1922 ist  
Eruengenschaftsgemein-  
schaft vereinbart. Vorbe-  
haltsgut der Ehefrau ist  
sowohl ihr gegenwärtiges  
Vermögen (§ 2) als auch  
alles, was sie später von  
Todeswegen oder mit Rück-  
sicht auf ein künftiges Er-  
brecht, durch Schenkung oder  
als Ausstattung erwirbt.  
4. Band IX O.-B. 275:  
Dieterle, Johann Christian,  
Kaufmann, und Elisabeth  
Mara geb. Wiener in Mann-  
heim. Durch Urteil des  
Landgerichts Zivilkammer  
2 Mannheim vom 12. Febr-  
uar 1921 ist die durch Ver-  
trag vom 2. Februar 1909  
vereinbarte Eruengenschaft  
aufgehoben.  
Mannheim, 13. Mai 1922.  
Bad. Amtsgericht O.-B. 4.  
Neustadt (Baden). N. 423  
Zum Güterrechtsregister  
Band I S. 268 wurde ein-  
getragen: Hermann Arthur  
Düster, Professor und  
Kunstmaler in Hinterzarten,  
und dessen Ehefrau Marg-  
arete geb. Sander ebenda.  
Vertrag vom 8. Mai 1922.  
Böbliche Gütertrennung un-  
ter Ausschluß der Verwal-  
tung und Nutzung des  
Ehemannes am Vermögen  
der Ehefrau.  
Neustadt, Baden,  
11. Mai 1922.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.  
Neustadt. N. 310  
In das Güterrechtsregi-  
ster wurde heute einge-  
tragen: Kopp, Jakob, Inge-  
nieur, und Johanna geb.  
Kömel in Dügheim. Ver-  
trag vom 5. Mai 1922. E-  
ruengenschaftsgemeinschaft  
nach §§ 1519 ff. B.G.B. Vor-  
behaltsgut ist das in § 4  
des Vertrags beschriebene  
Vermögen.  
Neustadt, 9. Mai 1922.  
Amtsgericht.  
Säckingen. N. 333  
Güterrechtsregistereintrag  
Bd. II, S. 105 Otto Han-  
ber, Fabrikmechaniker in  
Kleinlaufenburg, und Ehe-  
frau Bernharbine geb.  
Kammerer ebenda. Ver-  
trag vom 5. Mai 1922.  
Gütertrennung.  
Säckingen, 10. Mai 1922.  
Bad. Amtsgericht.  
Tauberschlösschen. N. 384  
In das Güterrechtsregi-  
ster Band I wurde auf  
Seite 461 eingetragen: Paul  
Schwaderer, Landwirt, und  
Anna Christina geborene  
Salch, in Jünzhausen. Ver-  
trag vom 21. April 1922:  
Gütertrennung gemäß §§  
1426 ff. B.G.B.  
Tauberschlösschen,  
10. Mai 1922.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.  
Tauberschlösschen. N. 388  
In das Vereinsregister  
Band I wurde einge-  
tragen: O.-B. 2 Oßlauver-  
ein Neustadt mit dem Sitz  
in Neustadt. Vorstand ist  
Weißhaupt, Johann, Bür-  
germeister in Neustadt.  
Neustadt, 10. Mai 1922.  
Amtsgericht.  
Säckingen. N. 422  
In das Vereinsregister  
O.-B. 14 den Oberbischöflichen  
Weißbrotverein Säckingen  
betz, wurde heute einge-  
tragen: Der Verein ist auf-  
gelöst. Die Liquidation ist  
beendet.  
Säckingen, 9. Mai 1922.  
Bad. Amtsgericht.  
Tauberschlösschen. N. 383  
In das Vereinsregister  
wurde unter Nr. 16 der  
Arztverein Taubergau  
mit Sitz in Tauberschl-  
össchen eingetragen.  
Tauberschlösschen,  
den 10. Mai 1922.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.  
Triberg. N. 358  
Vereinsregistereintrag:  
O.-B. 21 vom 9. Mai  
1922: Stiftung Triberg des  
badischen Schwarzwalder-  
eins, Triberg. Durch Be-  
schluß der ordentlichen  
Ortsgruppenhauptver-  
sammlung vom 24. April  
1922 wurde in Abände-  
rung des § 4 der Satzun-  
gen die Zahl der Vor-  
standsmittglieder auf vier  
beschränkt. Vorstand sind:  
Josef Teufel, Fabrikant,  
Bruno Rauble, Fabrikant,  
Robert Meißner, Fabrikant  
und Albert  
Wennewein, Kaufmann,  
alle in Triberg.  
O.-B. 24 vom 10. Mai  
1922: Altkatholischer  
Frauenverein Furtwan-  
gen. Die Satzung wur-  
de in der Hauptversam-  
lung vom 12. März 1922  
geändert. Der Vereinsvor-  
stand besteht hiernach aus  
der 1. Vorsitzenden und  
dem jeweiligen altkatho-  
lischen Ortsgeistlichen. 1.  
Vorsitzende ist: Frau Ro-  
bert Sieble, in Furtwan-  
gen.  
Triberg, 10. Mai 1922.  
Der Gerichtsschreiber  
Bad. Amtsgerichts.